Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,90 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jederzeit Bestellungen entgegen. Ohne Gewähr, Krieg od. sonstiger höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Geschäftsstelle, nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Anzeigenpreise laut aufliegendem Tarif Nr. 4. — Nachweisungs-Gebühr: 20 Rpfg. — Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. — Anzeigen-Annahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Gewähr. — Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 206

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 145 — 94. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Tageblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 25. Juni 1935

Der Urlaub ein Prüfstein.

Auch ein Thema zum Beginn der Schulferien und der Reisezeit.

Von Willi Börger,
Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Rheinland.

Nationalsozialismus ist kein bloßes äußerliches Bekenntnis, sondern die praktische Bewährung sozialistischer Gemeinschaftsgesinnung im harten Alltag. Er stellt den deutschen Menschen Tag für Tag vor Aufgaben, an denen der einzelne sich innerhalb der Gemeinschaft, in der er steht, zu erproben hat. Entscheidend ist immer die wesentliche Frage, wie bin ich persönlich und damit die Gemeinschaft, in der ich verantwortlich tätig bin, in meiner inneren Bereitschaft, d. h. in meiner Gesinnung, dem nationalsozialistischen Ziel näher gekommen?

In den regelmäßigen Arbeitssitzungen, bei denen ich Woche für Woche die für die Gemeinschaftsarbeit in den Betrieben Verantwortlichen aus Führung und Gefolgschaft zusammenbringe, konnte ich mit Genugtuung feststellen, daß im Rheinland dieser Wille, diese Entschlossenheit zu tätiger Mitarbeit beim Aufbau betrieblicher Gemeinschaft in ständigem Wachsen ist. Den schlagendsten Beweis hierfür erhielt ich u. a. bei der Frage des Urlaubs für die schaffenden Menschen und insbesondere für die Jungarbeiter. Ja, ich darf wohl sagen, diese Frage des Urlaubs ist für mich zum Prüfstein geworden für die nationalsozialistische Gesinnung, die in den Betriebsgemeinschaften besteht.

Wie war es denn? Der Liberalismus sah in der Arbeit des „Arbeitnehmers" einschließlich der Jugendlichen die Ware, für deren Benutzung je Stunde ein gewisser Betrag zu zahlen war. Für ihn war deshalb der Urlaub des Arbeiters und Lehrlings ein unbilliger Anspruch, für den eigentlich keine „Gegenleistung" bestand, und den man nur aus „besonderem sozialem Verständnis" oder gezwungenermaßen gewährte. Auch die Auffassung der Arbeiterschaft vom Urlaub war ganz beherrscht vom Denken aus der Gegensätzlichkeit. Urlaub war ein Anspruch, den man von dem widerstrebenden Klassengegner, dem „Arbeitgeber", mit allen Mitteln erkämpfen mußte. Das geschah manchmal durch wochenlange Streiks mit Not und Elend, um schließlich dafür einen Tag Urlaub zu „erreichen". Oder: auf der anderen Seite gab es auch Arbeiter, für die der Urlaub eine bloße Geldfrage war. Wenn die anderen den Urlaub erkämpft hatten, verzichteten sie im Interesse des „Arbeitgebers" auf den Urlaub und strichen dafür den Mehrlohn ein. In jedem Falle war die Frage des Urlaubs ein Zankapfel, um den sich die beiden Klassengegner im sozialen Leben Jahr für Jahr aufs bitterste bekämpften.

Der Nationalsozialismus sieht im Urlaub eine sittliche Verpflichtung gegenüber der Volksgemeinschaft. Für ihn ist die Arbeit Inhalt und Sinn des Lebens überhaupt.

Wenn die Arbeitskraft des einzelnen in den Betriebsstätten verbraucht wird, so muß sie natürlich wieder ersetzt werden, und das geschieht durch die Erholung in einem ausreichenden Urlaub. Somit wird aus dem falsch aufgefaßten Urlaubsanspruch eine sittliche Pflicht zum Urlaub, denn er dient zur Wahrung und Mehrung der Gesundheit unseres Volkes. Daß diese Forderung für die noch in der Entwicklung stehenden Jugendlichen, Lehrlinge und Jungarbeiter in erhöhtem Maße zutrifft, braucht nicht besonders begründet zu werden.

In meinen Richtlinien zum Urlaub und den Erläuterungen habe ich die einzelnen Betriebsgemeinschaften vor eine Aufgabe gestellt, die auf der Grundlage der Freiwilligkeit im Geiste der Volksgemeinschaft zu erfüllen war. Mein Appell an den Gemeinschaftsgeist der schaffenden Menschen im Rheinland ist von den meisten richtig verstanden und befolgt worden. Ich habe die Zuversicht, daß im kommenden Arbeitsjahr auch der Rest der Betriebsgemeinschaften sich seiner völkischen Verpflichtung in der Frage des Urlaubs bewußt wird und aus innerer nationalsozialistischer Gesinnung freiwillig durch Gewährung des Urlaubs nach meinen Richtlinien am Aufbau mitarbeitet. „Treue um Treue ist entscheidend", so habe ich damals in meiner Begründung gesagt.

Nicht mehr der Zwang der Tarife, d. h. der Zwang durch den Staat, darf für den verantwortungsbewußten Deutschen ausschlaggebend sein, sondern der freiwillige Einsatz, getragen von dem Pflichtbewußtsein der Persönlichkeit, die nicht fragt, was tut der andere.

Am Sonnabend und Sonntag wird die einzige diesjährige Sammlung für „Mutter und Kind" veranstaltet.

„Nur eine gesunde, starke Mutter kann ihrem Volk gesunde Söhne und Töchter schenken."

Vom 10.-16. September Reichsparteitag

In diesem Jahr wird die Partei in den Tagen vom 10. bis 16. September ihr gewaltiges Jahrestreffen in der Stadt der Reichsparteitage, in Nürnberg, abhalten.

Die umfassenden Vorbereitungen für die organisatorische Durchführung, die auch in diesem Jahr Hauptdienstleiter Schmeer leitet, sind bereits in Angriff genommen worden. Im Rahmen des Reichsparteitages, dessen Programm sich noch im Stadium der Vorbereitung befindet, wird der Führer den Grundstein zum Neubau der gigantischen neuen Kongreßhalle und damit für die gesamten großen Neugestaltungsarbeiten des Reichsparteitagsgeländes in Nürnberg legen. Der traditionelle Aufmarschplatz der SA, die Luitpold-Arena, wird bis zum Reichsparteitag in seiner neuen Gestaltung voraussichtlich bereits fertiggestellt sein.

Das gewaltige Ereignis des Reichsparteitages, das alljährlich dem deutschen Volk und der Welt Zeugnis ablegt von der Kraft und Stärke der in der NSDAP verankerten politischen Führung in Deutschland, wird auch diesmal Hunderttausende von Parteigenossen zu gewaltigen Feierstunden nach Nürnberg führen und wieder zum nationalen Erlebnishöhepunkt des Jahres werden.

Die Regelung des Transfers ab 1. Juli.

In Übereinstimmung mit den Grundsätzen des Communiqués der Berliner Transferkonferenz vom 29. Mai 1934 hatte die Reichsbank am 14. Juni 1934 die Transferregelung für alle innerhalb der Zeit vom 1. Juli 1934 bis 30. Juni 1935 eintretenden Fälligkeiten aus mittel- und langfristigen deutschen Auslandsverpflichtungen bekanntgegeben. Mit Rücksicht darauf, daß die deutsche Devisenlage, die zu dieser Regelung führte, in der Zwischenzeit keineswegs eine Besserung, vielmehr eine weitere Verschlechterung erfahren hat, sieht sich die Reichsbank genötigt, eine entsprechende Regelung für ein weiteres Jahr vom 1. Juli 1935 bis 30. Juni 1936 zu treffen.

Das Reichsbank-Direktorium bestimmt daher hinsichtlich aller mittel- und langfristigen deutschen Auslandsverbindlichkeiten, die in der Zeit vom 1. Juli 1935 bis 30. Juni 1936 fällig und bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden eingezahlt werden, das Folgende:

1. Ein Bartransfer findet nicht statt.

2. Jeder Zinsscheininhaber ist berechtigt, auf Grund der für ihn durch Reichsmarkzahlung des deutschen Schuldners an die Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden gegen diese begründeten Reichsmarkforderungen nach näherer Maßgabe der Durchführungsbestimmungen mit 3 v. H. jährlich verzinsliche und mit 3 v. H. des jeweils umlaufenden Betrages jährlich tilgbare, bis zum 1. Januar 1946 laufende Fundierungs-Schuldverschreibungen der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden in Höhe des Nominalbetrages des Zinsscheines und in der Währung, auf die der Zinsschein lautet, zu erhalten. Kapital, Zinsen und Tilgungsbeiträge der Schuldverschreibungen sind mit der Reichsgarantie ausgestattet, auf die die Beschränkungen und Verbote des Gesetzes über die Devisenbewirtschaftung vom 4. Februar 1935 und die Vorschriften des Gesetzes über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vom 9. Juni 1933 keine Anwendung finden.

3. Den Zinsscheingläubigern stehen die sonstigen Zinsgläubiger sowie die Gläubiger von Dividendenforderungen und Forderungen auf regelmäßig wiederkehrende Leistungen ähnlicher Natur gleich, die gemäß dem Gesetz über Zahlungsverbindlichkeiten gegenüber dem Ausland vom 9. Juni 1933 bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden einzuzahlen sind.

4. Die Behandlung von Tilgungsbeträgen und Kapitalrückzahlungen wird besonderer Regelung vorbehalten. Ihre Transferierung unterbleibt.

5. Der Zahlungsverkehr gegenüber dem Ausland, der durch Verrechnungs- oder Zahlungsabkommen oder durch sonstige Vereinbarungen in anderer Weise als durch Einzahlung bei der Konversionskasse für deutsche Auslandsschulden seine Regelung findet, bleibt von den vorstehenden Bestimmungen unberührt.

Anfang einer praktischen Friedenspolitik.

Botschafter von Ribbentrop zu dem Abschluß der Londoner Besprechungen.

Botschafter v. Ribbentrop hat über die abgeschlossenen deutsch-englischen Flottenbesprechungen in London den Vertretern der englischen und französischen Nachrichtenbüros Reuter und Havas eine Unterredung gewährt, in der er folgendes ausgeführt hat:

Ich freue mich, daß die Flottenverhandlungen zu einem guten Ende geführt werden konnten. Nach Jahren der schönen Reden, der ruhelosen Ministerreisen von einer Hauptstadt zur andern, der Konferenzen, ist hier zum ersten Male auch wirklich etwas getan worden, nämlich:

der erste praktische Schritt zur Rüstungsbeschränkung.

Ich glaube, Europa hat in der Vergangenheit den Fehler gemacht, immer zuviel auf einmal anzupacken. Zwei Fehler vor allem: Erstens wollte man immer alles auf einmal in Ordnung bringen, statt ein Problem nach dem andern in Angriff zu nehmen, und zweitens hat man, was noch schlimmer, versucht, alle Probleme aller Länder mit allen Mächten gleichzeitig an einem Tisch zu lösen. Das wird dann kollektives Friedenssystem genannt. Ich glaube, man hat bisher das Pferd am Schwanz aufgezäumt.

Auch Deutschland wünscht ein Friedenssystem, das Freundschaften entspringt,

die auf Tatsachen, und nicht auf Theorien aufgebaut sind. So müßte die Grundlage jedes Völkerbundes aussehen! Aber Deutschland ist davon überzeugt, daß man dahin nur Schritt für Schritt gelangen kann, und glaubt, daß die vitalen Probleme Europas nur durch Friedenstaten zu lösen sind — auch wenn zwei Völker zunächst allein handeln — und nicht durch allgemeine Friedensgespräche, die Europa bislang nicht weitergebracht haben.

Ich glaube, dieses Flottenabkommen ist der Anfang einer praktischen Friedenspolitik. Es regelt ein für allemal die Flottenfrage, das vitalste Problem zwischen Deutschland und England.

Eine Flottenrivalität wird für alle Zukunft ausgeschaltet.

Es ist ein wunderbares Gefühl, wenn man sich klarmacht, was das für diese beiden großen Länder bedeutet.

Aber ich bin davon überzeugt, daß dies nur die eine Seite der Frage ist. Das andere Hauptergebnis dieser Flottenabmachung besteht darin, daß wir das Eis gebrochen haben, das die politische Situation Europas in Erstarrung hielt. Die Atmosphäre der Beruhigung, die jetzt logischerweise nicht ausbleiben kann, wird sicherlich den Weg zur Lösung anderer Fragen ebnen, und so könnte dieses Abkommen sehr wohl ein Eckstein einer wirklichen Konsolidierung Europas werden.

Wir Deutsche glauben an die Mission, die Europa für die ganze zivilisierte Welt zu erfüllen hat,

und ich würde nur zu glücklich sein, wenn alle Länder Europas die außerordentliche Bedeutung dieser Tatsache erkennen würden. Vor die Alternative gestellt zwischen Konsolidierung der europäischen Staaten auf der einen Seite mit dem daraus folgenden Wohlstand, der allein den Menschenmassen unseres Kontinents die Existenz sichern kann, und nur Chaos auf der anderen Seite, sollte die Wahl nicht schwerfallen, und ich bin sicher, daß wir nunmehr einen Weg finden werden.

Ich glaube, in dem Ringen um die Erhaltung der Kultur müssen England, Frankreich und Deutschland und die anderen europäischen Länder zusammenstehen.

Wir glauben an ein starkes Europa und an ein starkes britisches Weltreich.

Da muß ich aber nun noch etwas bemerken: Heute las ich in einer der Morgenzeitungen, daß Deutschland versuche, einen Keil zwischen Frankreich und England zu treiben. Dazu kann ich nur sagen, daß uns in Deutschland völlig das Verständnis für solche seltsamen Unterstellungen fehlt, die ihren Ursprung nur in dem Geschwätz von Leuten haben können, die sich einfach von einer gewissen Vorkriegsmentalität nicht frei machen können. Ich meine

wir sollten klug sein und unsere internen Zwistigkeiten innerhalb der alten Welt vergessen.

Wenn wir alle die Auferstehung des Abendlandes wünschen, wie der Reichskanzler Hitler in seiner Rede sagte, müssen wir lernen, weit vorauszublicken, und auch an diese Auferstehung glauben.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF